



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl, Rosi Steinberger, Christian Hierneis, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Dr. Markus Büchler, Paul Knoblach, Martin Stümpfig, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### Sofortprogramm Starkregenvorsorge und Extrem-Hitze-Schutz

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, angesichts der aktuellen Starkregen- und Extrem-Hitze-Ereignisse ein 11-Punkte-Sofortprogramm im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel mit folgenden Maßnahmen umzusetzen:

1. Task-Force Starkregen-Ereignisse einrichten.
2. Starkregennothilfefonds einführen.
3. Sonderprogramm kommunales Sturzflutrisikomanagement wieder neu auflegen mit höheren Förderquoten und -sätzen (bis zu 80 Prozent und bis zu max. 250.000 Euro Förderhöchstgrenze).
4. Starkregengefahrenkarte für ganz Bayern erstellen lassen und veröffentlichen.
5. Bayerische Überschwemmungskartierung des Landesamts für Umwelt (LfU) auf Grundlage der Starkregengefahrenkarte aktualisieren.
6. Starkregen-Frühwarnsystem einführen, unabhängig von Strom und Internetversorgung und Bevölkerungsschutzkonzepte und Koordination der kommunalen Vorsorge bei Sturzfluten, z. B. in Form von Notfallplänen für die Evakuierung, überarbeiten.
7. Öffentlichkeitsarbeit zur Verhaltensvorsorge bei Starkregen verstärken.
8. Task-Force Extrem-Hitze-Ereignisse einrichten.
9. Koordinationsstelle Hitze-Vorsorge beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) insbesondere zur Unterstützung der bayerischen Kommunen schaffen.
10. Sonderprogramm zur Förderung kommunaler Hitzeaktionspläne auflegen.
11. Bayerische Feuerwehren gezielt bei der Ausstattung für Spezialausrüstung für die Waldbrandbekämpfung unterstützen.

### Begründung:

Die aktuellen Starkregen und Sturzfluten in Europa sowie die Extrem-Hitze und Waldbrände in Nordamerika haben eine gemeinsame Ursache, den anthropogenen Klimawandel, d. h. die vom Menschen wesentlich verursachte Klimaerhitzung. Das letzte Jahrzehnt ist unter anderem geprägt von einem signifikanten Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur, Erwärmung der Meere und Abschmelzen der Polkappen.

Hierdurch werden die klimatischen Bedingungen erheblich beeinflusst. Starkregen, Sturzfluten, Hitzewellen und Dürren auch in gemäßigten Breiten der Nordhalbkugel der Erde nehmen zu. Nach drei erheblich zu warmen und trockenen Jahren mit zeitweisen Hitzewellen erlebt Deutschland und insbesondere Bayern ein sehr feuchtes Jahr mit zahlreichen Starkregenereignissen mit Tagesniederschlägen von zum Teil deutlich über 100 Liter pro Quadratmeter. Dabei kommt es gehäuft zu Hochwassersituationen, die oft jenseits von Jahrhunderthochwassern liegen.

In den vergangenen Jahrzehnten wurde die Entwässerung unserer Landschaften mit Gräben, Rohren, Drainagen, Kanälen sowie begradigten Bächen und Flüssen beschleunigt. Hinzu kommen die verstärkte Versiegelung, kommunaler Flächenverbrauch und Straßenbau, die intensive Bewirtschaftung der Flächen, die Herausnahme von Hecken und Feldrainen und die Verdichtung der Böden. Dies alles hat die Abflussgeschwindigkeiten und den Bodenabtrag aus der Fläche erhöht und verschärft die Bedrohung durch Sturzfluten und Hochwasser. Um den wachsenden Hochwassergefahren zu begegnen braucht es neben Klimaschutz und Anpassung an die klimatischen Veränderungen vor allem die Rückgängigmachung dieser Landschaftsveränderungen.

Ebenso besteht die Gefahr, dass auch noch diesen Sommer die nächsten Hitzewellen drohen. Selbst Extrem-Hitze-Ereignisse wie jetzt in Kanada und USA sind nicht völlig unwahrscheinlich. Deshalb müssen jetzt kurzfristig alle möglichen Verbesserungen zum Schutz der Bevölkerung und Minimierung von Schäden im Vordergrund stehen: Frühwarnsysteme, Gefährdungsanalysen, bessere Ausrüstung der Helferinnen und Helfer, Hitzeaktions- und Sturzflutrisikomanagementpläne, verbesserte landesweite Finanzierung, Koordination und Unterstützung der Instrumente und Hilfen.

Die Versicherer beklagen das wachsende Ausmaß der Schäden und ihre extreme Häufung. Die Zunahme an Extremwetterlagen führt zu enormen wirtschaftlichen Schäden. Auch der Städte- und Gemeindebund fordert angesichts der vielen Todesopfer, Verletzten und Geschädigten eine Reform des Bevölkerungsschutzes.